

Saale-Beitung.

Grundviertzigster Jahrgang.

werden die Spaltenzeit oder deren Raum mit 20 Pfg. ...

Erscheint wöchentlich fünfmal, Sonntags und Montags einmal, sonst pünktlich täglich.

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, St. Braunschweigerstr. 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.

Koloniale Fragen.

Eine Reihe von kolonialen Vorlagen ist dem Reichstage bereits zugegangen, u. a. die Denkschrift über die Entwicklung der Schutzgebiete für das Jahr 1906/07, sowie der Entwurf betr. die Gewährung eines Darlehens an das südafrikanische Schutzgebiet. Nach den Angaben des erstgenannten Altpräsidenten betreffen die deutschen Schutzgebiete insgesamt eine weite Bevölkerung von 1,215 Millionen, ohne Einschluß der Schutztruppe in Südafrika. Den Hauptinhalt der Denkschrift bildet der Nachweis der wirtschaftlichen Entwicklung, wobei die steigenden Ziffern für die Kolonialproduktion und den Kolonialhandel im einzelnen vorzuführen sind. Ohne die für die Regierung erforderlichen Gütermengen beim südafrikanischen Transport mitzuzählen, hat der Außenhandel der Schutzgebiete für das Jahr 1905 einen Wert von 99 Millionen Mark betragen, und sich gegen das Vorjahr um 27 Millionen Mark gehoben. 67 Prozent dieses Handels entfielen auf den Handel von Deutschland mit seinen Kolonien; noch im Jahre 1903 hat dieser deutsch-koloniale Handel nur 30 Prozent des gesamten Außenhandels der Schutzgebiete dargestellt. Nach den bereits vor der Einführung des Reichstages gemachten Angaben des Kolonialrats für 1907 wird infolge des Erfolgens der Aufstiegsbewegungen in Ost- und Südwestafrika für das genannte Jahr ein relativ günstigeres Bild der Finanzlage entworfen. Man muß abwarten, welche Forderungen der Etat nach den Wahlen aufweisen wird. Als einmalige Ausgaben, die im Jahre 1906 noch 126 Millionen Mark betragen, wurden im November für 1907 70 Millionen Mark gefordert. Die fortwährenden Ausgaben der Schutzgebiete haben sich von 25 auf 28 Millionen Mark gesteigert, doch soll das Mehrerfordernis von 3 Millionen größtenteils durch die eigenen Einnahmen aus den Schutzgebieten gedeckt werden. Wieviel die Möglichkeit dazu vorhanden ist, die Kolonien zu eigener finanzieller Leistungsfähigkeit zu erziehen, bedarf indes eingehender Erwägung. Die zweite oben erwähnte Vorlage zur Vereinfachung der erforderlichen Mittel für den Bau der Bahn von Silberbüsch nach Keemanshoop den Weg der Gewährung eines Darlehens zu beschreiben, welches vom Schutzgebiet zu verzinsen und allmählich an das Reich zurückzugeben ist, stellt sich als ein weiterer Versuch dar, in die Kolonien das Bewußtsein finanzieller Selbstverantwortung einzutragen. Und zwar wird die finanzielle Selbstfähigkeit Südafrikas in der Vorlage mit dem 1. April 1911, also in vier Jahren, in Aussicht gestellt, da von dem genannten Datum an eine 3 1/2 Proz. Verzinsung und vom 1. April 1912 ab auch eine Tilgung der Schuld erfolgen soll. Letztere ist nach einem vom Reichsfinanzrat aufzustellenden Tilgungsplane, mit 9/10 vom Hundert jährlich unter Zinzuzurechnung der erpariten Zinsen zu bewirken. Doch halten offenbar das Kolonialamt bzw. die Verbindlichen Regierungen den Gedanken einer präzisieren Forderung dieser Tilgung für eine zu optimistische Auffassung. Sie schieben daher in einem weiteren Paragrafen hinzu, daß für den Fall, daß die aus eigenen Einnahmen des Schutzgebietes zur Verfügung stehenden Beträge nicht die zur Bedienung der planmäßigen Tilgungsraten erforderliche Höhe erreichen, die zur Durchführung und einem Fonds einzuweihen sind, aus welchem künftige Fehlbeträge am Soll des Tilgungsbedarfs zu decken sind. Es scheint also, daß man von vornherein mit einer Art Übertragung der Reichsfinanzmissete in das koloniale Finanzwesen rechnet. Das hier eingeschlagene Verfahren erinnert stark an das finanzpolitische Verhältnis zwischen Reich und Bundesstaaten; möglich daß es mit der Zeit ein noch beträchtlicheres Ergebnis haben dürfte. Die zureichende Aussicht dürfte jedenfalls dahin gehen, daß mit dem Jahre 1912 noch keineswegs an den Beginn einer finanziellen Gesundung Südafrikas zu denken ist. Trotz dieser Bedenken kann die Vorlage auf Befürwortung Anspruch erheben.

Der Gesandtschaftsrat will ferner die Grundbesitzer unter ihrer eigenen Aufsicht in der Bahn Silberbüsch-Keemanshoop entsprechenden Leistung zugunsten des Schutzgebietes beiziehen, und zwar in der Form von Landabtretung. Das gleiche Verfahren ist bereits bei dem Gesetz betr. Gewährung eines Darlehens im Betrage bis zu 15 Millionen Mark an das Schutzgebiet Togo vom 23. Juni 1904 beobachtet worden, und zwar bei dem Bahnbau von Lome nach Palime. Im Interesse der Verbilligung einer ungedungen Bodenrezeption kann diese Bestimmung nur als zweckmäßig betrachtet werden. Wenn Meldungen in Zentrumsblättern sich bewahrheiten, wird leider trotz der Beilegung der Aufstände und der Führung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Kolonien, wie trotz der kolonialen Reformtätigkeit an eine starke Ausgabenverminderung nicht zu denken sein. Die Köln-Vollversammlung erhält nämlich offenbar aus sachlichen Missionsberichten, die von dem Ausbruch einer Hungersnot in Deutsch-Ostafrika berichten. In erster Linie ist Ostafrika und Wahege davon betroffen, die diejenigen Distrikte, die am stärksten der Aufstiegsbewegung ausgesetzt waren. Aus Ostafrika liegen Berichte vor, wonach dort ein großer Teil der Leute in der Wildnis umherirrt, um sich daselbst Gras und Kräuter zu holen. Besonders aber aus den Wahege-Bezirken wird von erschwerender Hungersnot berichtet. Die Leute hätten, so heißt es in einer Meldung vom 28. November, seit zwei Monaten keine andere Nahrung mehr als was sie im Walde finden können: Gras, Wurzeln, Baumrinde, Riser und Ameisen. Auf jedes bis

acht Tagereisen im Umkreise sei rein nichts mehr anzufinden. Das einzige, was man zu Weihnachten kaufen konnte, war Fleisch und Salz, so daß „getrocknetes Gras doch wieder einmal einen anderen Geschmack bekam.“ Es sei ein Schmerz, die ausgehungerten Kinder anzusehen, ohne in Stande zu sein, ihnen helfen zu können. Die Leute hätten das letzte Mal nicht viel anbauen können und dann habe die Militäraktion noch möglichst viel aufgefressen für ihre Hunderte von Kriegsgesangenen. Mitte Januar an der Ostküste angekommenen Träger hätten berichtet, daß man auf der Straße Mistkäbeln fast verjungen müsse. Befähigen sich diese Berichte, so steht eine neue koloniale Katastrophe bevor, die schleunigst der Abhilfe bedarf. Das man auch in Südwestafrika keineswegs vor solchen Mißständen geschützt ist, welche alle Rentabilitätsberechnungen über den Haufen werfen können, dürfte einleuchtend sein.

F. W.

Deutsches Reich.

Hol- und Personalnachrichten.

Der vereinerne Oberpräsident der Provinz Schleswig-Holstein, Detlev v. Wilow u. S., ist, wie die „F. A.“ berichtet, als alter Herr der Bremer Wesen Korpsführer des Kaiser-Festvereins Herr v. Wilow mit dem Minister des Innern u. Reichsminister-Gesamter seit einer Reihe von Jahren eng befreundet.

Das neue Reichstagspräsidium.

Das Zentrum ist nunmehr, obwohl die bei weitem stärkere Fraktion des Reichstages, aus dem Präsidium ausgeschlossen. Wer das den streitbaren und selbstbewußten Herren am Abend des 18. Dezember v. J. sprach, hätte, daß es so kommen werde, würde einem unteilhabigen Schaden gegnert sein. Sodann kommt aber in der Politik der Herrschaft, wobei freilich noch eine offene Frage ist, ob der Wehrheit der Zentrumskolonien die Veränderung aus dem Präsidium wirklich so schwer zu Herzen gehen wird, wie manche behaupten möchten. Die Herren Erzberger, Nieren und Schäfer, die bisher noch immer einige Rücksicht auf den ihrer Fraktion entstammenden Präsidenten Grafen Völkstein wohl oder übel haben nehmen müssen, werden sich jetzt wahrscheinlich viel freier und ungezwungener fühlen und sehr bald Proben der „Lobenden Kolonialpolitik“ — d. h. des durch ultramontane Ober konzentrierten kolonialen Volkes — ablegen. Ob die gemäßigteren Elemente, die Herren Scholz, Freyler u. Hertling z. sich so ohne weiteres werden mundtot machen lassen, ist freilich eine andere Frage; vorläufig verläutet nur, daß in der Zentrumskolonien eine ziemlich schwache Stimmung herrschen soll und daß sich gegen Herrn Erzberger eine ziemlich kleine Antimotivität geltend machen soll.

Graf Stolberg hat gestern in seiner geborenen Würde als Präsident des Reichstages seine alte Figur gemacht. Die vier Säule, in denen er die Wälder für seine Amtsführung niedersteht, waren heute weniger und erschöpfter, der laute Wehlauf, mit dem das ganze Haus abgelesen hat, den lauten Wehlauf, und Zentrum, die Dankesrede des Reichspräsidenten, aber noch verblüht. Er hat in seiner bisherigen Eigenschaft als erster Vizepräsident von je her Unparteilichkeit über jeden Zweifel erhaben, weniger beliebt, besonders in kritischen Momenten seine reinerische Gemüthsart. Vor allen Dingen aber wird Graf Stolberg sich in das Stadium des oft sehr komplizierten Mobius der Abstimmungen etwas mehr vertiefen müssen; hier hat seine Befähigung zur Leitung der Geschäfte wiederholt viel zu wünschen übrig gelassen. Er wird um so mehr bedacht sein müssen, diese Lücke auszufüllen, als sein Vorgesandter gerade in dieser Beziehung über eine ganz hervorragende intime Kenntnis der Bestimmungen der Geschäftsordnung verfügte. Und doch mußte es selbst einem so geschäftskundigen Mann wie dem Grafen Völkstein passieren — wenn eine gestern veröffentlichte Darstellung des Abg. Dr. Trendt richtig ist — daß er eigentlich die Auflösung des Reichstages durch eine so ganz forrekte Nebenlösung der Abstimmungen, welche das Zustandekommen einer dritten Lesung verhindert, beschuldigt hat.

Bei dem nunmehrigen ersten Vizepräsidenten Herrn Dr. Baasch liegt die Sache, was die beiden Konventionen betrifft, für das Amt eines Vizepräsidenten anlangt, gerade im Gegensatz, er ist ein Vertreter der Dialektik, jeder Situation gewachsen, kennt auch wohl die Geschäftsordnung ziemlich gut, nur seine absolute Unparteilichkeit mußte wiederholt — wie es scheint, nicht mit Unrecht — von der linken Seite des Hauses in Zweifel gezogen werden. Dem Abg. Kämpf ist als speziellem Vertrauensmann der drei freisinnigen Parteien das Amt des zweiten Vizepräsidenten zugefallen; sie dürften in dem launiglichen geschäftswandigen Vorhaben des Völkstein-Kollegiums der Berliner Kaufmannschaft und jetzigen Vizepräsidenten des Deutschen Reichstages, wie wir glauben, keine schädliche Wädel getroffen haben.

Der erste Sieg des konservativ-liberalen Blocks.

Man schreibt uns: Nach den Wahlen schien es, als ob der nationale Block bei der ersten Wahlperiode auseinanderfallen würde. Wädel der verschiedenen Parteien, von der konservativen „Kreuzzeitung“ angefangen bis zur demokratischen „Frankfurter Zig.“, wollten sich damit abfinden, daß dem Zentrum weder der Sieg, das erste Präsidenten ergründet werden würde; andere nationale Wädel hingegen wälen mit Recht darauf hin, daß im Innern und noch mehr im Auslande die Wahl eines Zentrumsmannes zum Präsidenten die Wahlkraft in einem Siege der doch tatsächlich unterliegenden Wädelkraft vom 18. Dezember klemmen würde. So war die erhebliche Wädelkraft vorhanden. Wädelkraft wurde aber verständliche man sich noch in umdeuten. Wädelkraft zur Präsidentenwahl geklärt wurde, blieben die Wädelparteien mit derselben Träne zufrieden, wie bei der Hauptwahl vom 25. Januar und bei der Stichwahl vom 1. 2. 4. u. 5. Feb. Nur so war es möglich, daß Graf Stolberg mit einer Wädelkraft

von vollen 50 Stimmen über den Kandidaten des Zentrums und der Sozialdemokraten liegen konnte. Zweifellos hat es manchmal freistimmigen und demokratischen Wädeln einen gebührenden Entschluß gefordert, für einen Mann von der unerschütterlichen Festigkeit des Grafen Stolberg zu stimmen, aber — sich selbst besiegen ist der schönste Sieg — und in diesem Sinne ist es doppelt erfreulich, daß auch die Wädel liberalen treu und fest zum Block gehalten haben.

Es ist vom nationalen Standpunkte aus zu begreifen, daß das Zentrum nicht die in der vorangehenden Wahl angeführte Kraft einbringen darf, freilich auf das Präsidium zu verzichten. Dann hätte es, namentlich angeht die der oben angeführten wenig geschickten Neuerungen mancher nationaler Wädel, hinterher behaupten können, daß es, wenn es nur genötigt wäre, wohl das Präsidium hätte ergreifen können. Jetzt ist es gerade — und es ist schmerzhaft zu erkennen, daß wir glauben wohl, daß manchen Konservativen, besonders vor der organisierten Wädelung, noch vor wenigen Tagen die Wahl eines Zentrumsmannes zum Präsidenten als ungenügend erachtet, daß aber auch bei ihnen die in den letzten Tagen entfallenden Wädeln die des Herrn Erzberger den Wecker zum Ueberleben gebracht haben.

Das Zentrum scheint, je untröstlicher es wird, eine desto größere Anziehungskraft auf die Sozialdemokraten zu üben. Die Sozialdemokraten, die geschlossen für den lex Heinemann-Schwärmer (Sohn) eintraten — welche ein föhliches Bild! Wie innig muß schon die Verbindung zwischen Schwärmer und Hof geworden sein, demnach nicht werden, noch die Sozialdemokraten Herrn Völkstein und Herrn Singer als Delegierte zu der Sozialdemokratischen Generalversammlung der Reichstagen schicken, während einige Kapläne dem sozialdemokratischen Parteitag als Ehrenmitglieder beizuhören werden.

Nun, diese bei der Präsidentenwahl abermals hervorgetretene Verbindung zwischen Zentrum und Sozialdemokraten hat Zweifellos für Guttes. Sie scheint einseitig die Konservativen und die Liberalen immer enger zusammen, und wer, wie wir nur von diesem Zusammengehen des altpreussischen Konservatismus mit modernem Liberalismus und von Konzeptionen der einen Richtung an die andere das Weile des Vaterlandes erwartet, wird die, wenn auch unwillkürliche Unterstützung durch den Gegner dankbar begrüßen. Underechelt wird, je mehr die Sozialdemokratie auf das Zentrum abfährt und demagogischer die Zentrumspartei in ihrem Gehärgen wird, desto stärker auch die Entzweiung zwischen der Regierung und dem Zentrum. Je stärker aber die Entzweiung ist, desto mehr wird die Regierung auch zu zwingen sein, bei Gelegenheiten zwischen den Konservativen und Liberalen einzuweichen, um unangenehm, weil sie eben auf das Zusammenarbeiten dieser Fraktionen angewiesen sein wird. Man hat gefast, Herr Wilow werde jetzt mit den verschiedenen Wehrheitsfunktionen jonglieren. Wie zweifelhaft nicht daran, daß der Reichstagsrat durch die Zentren der letzten Jahre zu der Zentrums gelangt ist, daß es eine leibliche und gute Freundschaft herrscht ist, als sehr unsicher. Er hat die Lösung von der „Wachung“ für einen „Wädeln des Wehles“ ausgegeben und an ihm wird es sein, dieses Wort zur Wahrheit zu machen. Es ist nicht leicht, aber das die Verantwortlichkeit des Wortes möglichst ist, das haben die Wädeln zum Reichstage, das hat nunmehr auch die Präsidentenwahl dargeboten.

Die liberale Einigung.

Die Einigungsverhandlungen zwischen den drei freisinnigen Gruppen sind zu dem definitiven Abschluß gelangt. Es darf jedoch so viel jetzt schon als sicher gelten, daß die vorgelegten gemeinsamen Fraktionsbeschlüsse und ein gemeinsames Vorgehen bei den Interpellationen zustande kommen werden. Weitergehende Wädel, die insbesondere auf eine Verhinderung der drei freisinnigen Gruppen zu einer Fraktion abzielen, werden erst in einer späteren Sitzung wieder zur Diskussion entgegengerufen. Burecht ist jedoch an eine solche Verhinderung noch nicht zu denken, wie sehr sich auch gerade hervorragende Führer der Deutschen Volkspartei hierum bemüht haben. Die Antikörper an all diesen Verhandlungen ist ja überhaupt der Reichstagspartei zu verdanken; auf der Gegenseite, die die freisinnigen Gruppen sich gewonnen haben, sind in Einigung abgelehnt, aber es war ein toller haben, wenn die drei freisinnigen und Völkstein-Kollegiums Kommissionspräsident u. Völkstein, Schweißfuß, Wädelung und Wädel, daß es eine große und Entzweiung für das liberale deutsche Bürgertum wäre, wenn die kleinen liberalen Fraktionen des Reichstages nicht die in den Wädeln in Frage getretenen Forderung dieses Bürgertums verwerfen und sich nicht zum gemeinsamen Wädeln, um als starke einheitliche Fraktion mit mehr Wädeln zu verbinden, als dieses Bürgertum mehr wie bisher die ihm gebührende Stellung zu beschaffen.

Wär war jedoch in den vorgelegten und sehrigen Verbotsungen von Fraktion zu Fraktion nicht zu erreichen; von der freisinnigen Volkspartei insbesondere wurde geltend gemacht, daß die auf der einen Wädeln Wädel erzielte faktische Einigung im Parlament erst ihre Freizeitperiode belegen müßte. Die Selbständigkeit der drei Gruppen ist also bei dem jetzt verhandelten Wädeln vollkommen gewahrt. Die einzelnen Fraktionen sind auch nicht behindert, eigene Fraktionsbeschlüsse abzugeben; nur wird dabei vorzuziehen, daß die einzelnen Gruppen ihre besonderen Fraktionsfragen, in denen die Wädel schlagend für die gemeinsame Fraktionsfrage sprechen werden können, an einer Fraktionsstelle anmelden. Derselben sollen die einzelnen Fraktionen bezugl. der Designierung ihrer Vertreter zu den Plenarverhandlungen ferner Beschränkung unterliegen.

In liberalen Kreisen (Freisinnige Vereinigungen) in Leipzig ist nach einem Vortrage über: „Die Aufgaben des Liberalismus im neuen Reichstage“ folgendes beschlossen:

1. Angeht es das Unannehmliche, daß sich das Zusammengehen der drei einheitlichen liberalen Kreisen im Reichstag bewährt hat, daß ferner Gelegenheit unüberwindlicher Natur zwischen diesen nicht mehr bestehen und außerdem die politische Lage dringend auf eine völlige Verhinderung einzuwirken, richtet der liberale Verein in Leipzig an die Leitung der freisinnigen Vereinigungen, nur wird dabei vorzuziehen, daß die einzelnen Gruppen ihre besonderen Fraktionsfragen, in denen die Wädel schlagend für die gemeinsame Fraktionsfrage sprechen werden können, an einer Fraktionsstelle anmelden. Derselben sollen die einzelnen Fraktionen bezugl. der Designierung ihrer Vertreter zu den Plenarverhandlungen ferner Beschränkung unterliegen.





